

Gliederung

A. Der Reformbedarf	9
I. Das geltende Konzept der Rundfunkfinanzierung	9
II. Unzulänglichkeiten der geltenden Rundfunkabgabe	11
1. Verlust der Normwirklichkeit	11
a. Empfangsgerät als Indiz vermuteter Rundfunknutzung ?	11
b. Herkömmliche und neuartige Geräte	12
c. Sonstige Unterscheidungen	12
2. Der Empfang eines Programmangebotes	13
a. Gerät oder Person	13
b. Der Empfänger des Angebots: Einzelperson oder Gruppe	14
3. Das strukturelle Erhebungsdefizit	15
B. Die Eigenheit des Rundfunks als allgemein zugängliche Quelle	18
I. Private und öffentlich-rechtliche Rundfunkfinanzierung	18
II. Der Auftrag des Rundfunks	18
III. Finanzielle Bestandsgarantie	20
IV. Abgabenrechtliche Folgerungen	20
1. Angemessene Finanzausstattung und maßvolle Abgabenlast	20
2. Folgerungen für die Abgabeart	22
a. Rundfunk- und Abgabengesetzgebung	22
b. Programmneutralität und Programmakzessorietät	22
c. Abstraktion als Freiheitsgarantie	23
d. Prozedurale Absicherungen	23
C. Die Rundfunkabgabe im Rahmen des finanzverfassungsrechtlichen Abgabesystems	25
I. Verfassungsgeprägtes, aber nicht abschließendes Abgabensystem	25
II. Die Steuer	28
1. Die Gemeinlast	28
2. Die materielle Bindung der Steuerbelastung	29
3. Die Haushaltsbindung des Abgabenertrages	32
III. Die Sonderabgabe	33
1. Das besondere der Sonderabgabe	33

2. Haushaltrechtliche Informationspflicht	35
3. Die Rundfunkabgabe als Instrument der Regelfinanzierung	37
IV. Die Entgeltabgaben	37
1. Die Aufgabe von Gebühren und Beiträgen	37
2. Keine prinzipielle Unterscheidung zwischen Gebühren und Beiträgen	39
a. Verwaltungsentgelt	39
b. Insbesondere: „Verleihungsgebühr“	41
c. Bemessung der Entgeltabgaben	42
d. Zulässigkeit eines Beitrags	43
V. Der für die Rundfunkfinanzierung geeignete Abgabetyp	44
D. Die Ausgestaltung des Rundfunkbeitrags	47
I. Fortbildung des geltenden Rechts	47
1. Der Beitrag von Haushalt und Gewerbebetrieb	47
2. Kontinuität der Abgabe	48
3. Stärkung der Rundfunkidentität	49
4. Gesetzliche Typisierungen	51
a. Der verständliche Belastungsgrund	51
b. Praktikabilität und Unausweichlichkeit	53
c. Schutz der Privatsphäre	54
d. Wahrscheinlichkeitsmaßstab	55
5. Der vermutete Belastungsgrund	56
a. Verteilungs- oder Tauschgerechtigkeit	56
b. Widerlegbare Vermutung	57
6. Beitragsbelastung der Gruppe, nicht der Einzelperson	59
a. Realitätsgerechte Typisierung	59
b. Haushalte	59
c. Betriebsstätte	61
7. Beitragsbefreiung für sozial Schwache ?	63
8. Der Übergang vom alten zum neuen Recht	66
II. Bedeutung der Abgabenkontinuität	67
1. Das Finanzsystem des deutschen Bundesstaates	67
2. Europäisches Beihilferecht	69
Ergebnisse	72
I. Der Reformauftrag	72
II. Die verfassungsrechtlich gebotene Abgabenart	73
III. Die Ausgestaltung eines Rundfunkbeitrags	75